

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hrsg.-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 23/25A.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 23/25A.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 93/94.

Berlin, Sonnabend, 20. November 1915.

Sechsenundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ausdauer! — Der Heimarbeiterschutz auf dem Papier. — Unberechtigte Preisunterdrückung. — Allgemeine Mundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbande. — Literatur. — Anzeigen.

Ausdauer!

Siegreich wehen die deutschen Fahnen in Feindesland. Im Osten haben die Russen ihre stärksten Festungen vor dem unüberwindlichen Ansturm unserer tapferen Truppen aufgeben müssen. Die gewaltige Offensive im Westen ist am Widerstande der deutschen Heere ebenfalls gescheitert. Gleichzeitig sind wir in fester Vornacht auf dem Balkan begriffen, und das Schicksal Serbiens dürfte in wenigen Wochen besiegelt sein. Die politischen Wirkungen dieser Erfolge sind nicht ausgiebig. Die neutralen Staaten erkennen mehr und mehr, auf welche Seite sich der endgültige Sieg neigen wird, und hüten sich, den leeren Versprechungen unserer Feinde zu folgen, so kraupfhaft diese sich auch bemühen, ihre Lage als die günstigere hinzustellen.

Wie schlecht es in Wirklichkeit darum bestellt ist, das zeigt am besten die Tatsache, daß man neuerdings, scheinbar nach einem verabschiedeten System, wieder die bevorstehende Ausbesserung des deutschen Volkes zu prophezeien beginnt. Weil man mit den Waffen uns nicht bekommen kann, sucht man die Meinung zu erwecken, daß man uns durch den Hunger auf die Knie zwingen werde, ein Kampfmittel, in dessen Anwendung die Engländer ja Erfahrung besitzen. Gegen die Deutschen aber wird diese Waffe verlagen. Gewiß, die Lebensmittel sind bei uns teuer geworden, so teuer, daß namentlich die minderbemittelte Bevölkerung außerordentlich schwer darunter zu leiden hat. Die Zufuhr aus dem Auslande ist knapp geworden; zum Teil hat sie ganz aufgehört. Was Wunder, daß die Preise für die Vorräte gestiegen sind! Auch die Herstellungskosten sind meist gewachsen. Daneben machen sich dann leider noch starke, gerodete als Vaterlandsverrat zu bezeichnende Strömungen geltend, die die Konjunktur ausnützen, um sich auf Kosten der Bevölkerung die Taschen zu füllen. Keine Strafe kann für diese verächtlichen Elemente zu hoch sein, und es ist erfreulich, daß gegen sie mit unmaßstäblicher Strenge vorgegangen wird.

Aber befinden sich nicht die feindlichen Länder in derselben Lage? Haben nicht dort dieselben Teuerungsvhältnisse Platz gegriffen? Aus der Lebensmittelteuerung bei uns zu schließen, daß das deutsche Volk dem Hungertode preisgegeben sei, ist grundfalsch. Unsere Lebensmittelvorräte genügen, das ganze Volk bis zur nächsten Ernte ausreichend zu ernähren. Ja sie sind größer als im ersten Kriegsjahre, in dem unsere Feinde ebenfalls auf den Ausbesserungsplan alle ihre Hoffnungen setzten. Die diesjährige Ernte ist völlig in unserm Besitz geblieben und vielfach besser ausgefallen als im Vorjahre. Auch die Viehbestände haben die Höhe vor Ausbruch des Krieges nahezu wieder erreicht. Dazu kommt noch, daß durch den Feldzug auf dem Balkan uns der Weg nach dem Südoften geöffnet ist, auf dem wir gewaltige Mengen an Lebens- und Futtermitteln einführen können. Ist es da nicht heller Wahnsinn, wenn die Feinde wiederum dem deutschen Volke den Hungertod in Aussicht stellen? Freilich, sparsam umgehen müssen wir mit unsern Vorräten, und das werden wir, denn wir haben es gelernt. Nur aber muß auch von oben herab dafür gesorgt werden, daß die Vorräte

richtig verteilt werden, und daß nicht durch verkehrte Maßnahmen wieder ungeheure Mengen vernichtet und der menschlichen Ernährung entzogen werden.

Wir können also, was die Lebensmittelversorgung anbetrifft, getroßt der Zukunft entgegenzusehen, ebenso wie wir der Tapferkeit und Ausdauer unserer unergieblichen Truppen und ihrer glänzenden Führung volles Vertrauen entgegenbringen dürfen. Wie sie bisher den auf sie gesetzten Erwartungen in höchstem Maße entsprochen haben, so werden sie es auch weiter tun, bis nach errungenem Siege der Friede wieder einzieht, den wir alle in nicht allzuferner Zeit erhoffen.

Aber sorgen wir Dabeingeblienen dafür, daß auch unsere heldtätigen Brüder bei ihrer Rückkehr aus dem Felde im Vaterlande vor Enttäuschungen bewahrt bleiben, daß sie ihre Organisation, wenn auch an Mitgliedern geschwächt, in ihren Grundlagen aber unerückter vorfinden! Die Erhaltung unserer Gemeinschaft sollten wir als ein heiliges Vermächtnis betrachten, dessen Erfüllung uns unsere gegen die Feinde kämpfenden Kollegen ans Herz gelegt haben. Sie dürfen es verlangen, daß jeder Einzelne von uns sein Bestes daran setzt, die Organisation zu kräftigen und ihre Mitgliederzahl zu vermehren; hat sie doch gerade in der Kriegszeit gezeigt, was sie für die Arbeiter bedeutet. Wir dürfen es uns verlagern, heute hier nochmals im einzelnen aufzuzählen, wie gewaltig die Aufgaben waren, zu deren Lösung die Vertreter der Arbeiterorganisationen mit berufen waren, wie zahlreich die Anregungen, die von diesen ausgegangen sind, um das Los der Dabeingeblienen zu erleichtern. Es wäre auch überflüssig, heute nochmals hinzuzufügen auf die fülle schwieriger Probleme, die uns die Zeit nach Friedensschluß stellt und die nur unter Mitwirkung der Arbeiterkraft in befriedigender Weise erledigt werden können. Mit der Inangriffnahme dieser Dinge darf aber nicht bis zum Friedensschluß gewartet werden. Schon jetzt muß an ihre Lösung herangetreten werden, und wer die Vorgänge in unserm öffentlichen Leben aufmerksam und regelmäßig verfolgt, der weiß auch, wie segensreich die Vertreter der deutschen organisierten Arbeiterkraft auf allen Gebieten mitwirken. Ihr Einfluß wächst naturgemäß mit der Masse der Anhänger, die sie hinter sich haben. Deshalb gilt es jetzt mehr denn je, die Reihen zu schließen, die Schwankenden festzuhalten, die Gleichgültigen und Hoffnungslosen für die Organisation zu gewinnen. Man muß ihnen klar machen, was die deutschen Arbeiterorganisationen verdanken, ihnen insbesondere zeigen, daß gerade die Deutschen Gewerksvereine an ihren Grundzügen nichts zu ändern brauchen, um die Interessen ihrer Mitglieder so wahrzunehmen, wie es anerkanntermaßen während der ganzen Kriegszeit geschehen ist.

Auf einen Punkt sei dabei hier besonders hingewiesen. Lauter und häufiger als sonst hört man jetzt die Klagen über die anmaßliche Verrohung der Jugend. Es wäre geradezu ein Wunder, wenn zu einer Zeit, wo die Väter im Felde stehen und die Mütter oft genug der Erwerbsarbeit nachgehen müssen, der Mangel an Aufsicht und Erziehung sich nicht bemerkbar machte. Diesem Mangel kann ebenfalls durch die Organisation abgeholfen werden, wenn man die jungen Leute für unsere Bestrebungen zu interessieren versucht. Ihre Gedanken werden dadurch auf erstere Dinge gelenkt und gleichzeitig für unsere Ideen gewonnen. Mit andern Worten: Wir wollen

versuchen, namentlich unter der heranwachsenden Jugend für uns zu werben, auch um uns dadurch den Nachwuchs für die Zukunft zu sichern.

Das ist nur ein Hinweis. Der Möglichkeiten aber, für die Organisation zu arbeiten, gibt es zahlreiche. Wir müssen nur mit Energie herangehen und uns die Ausdauer zum Vorbild nehmen, der die deutschen Truppen ihre Erfolge zu verdanken haben. Versuchen wir, dahem es ihnen gleich zu tun! Laßt auch uns alle Kräfte anspannen für unsere Gemeinschaft, damit sie aus dem idyllischen Ringen geläutert und aesehtigt hervorgeht und sich später als der starke Rückhalt bewährt, der sie uns vorher gewesen ist. Tatkräftig und treu wollen wir alle um die Erhaltung und den Ausbau der Organisation uns bemühen, damit unsern Brüdern im Felde den Dank abstaten für die schweren Opfer, die sie uns gebracht haben, und in uns das Gefühl schaffen, daß wir ebenso wie sie unsere Schuldigkeit im Dienste des Vaterlandes getan haben.

Der Heimarbeiterschutz auf dem Papier.

Seit Erlass des Hausarbeitsgesetzes, dessen Vorverhandlungen sich eine lange Reihe von Jahren hinzogen, sind fast 4 Jahre verlossen. Trotz dieser langen Zeitkammer ist noch so gut wie nichts geschehen, um das Gesetz zur Durchführung zu bringen, und noch heute stehen die wichtigsten Paragraphen auf dem Papier, teils weil die notwendigen Ausführungsverordnungen des Bundesrats oder der Landesbehörden noch ausstehen, teils weil es an der nötigen Beamten zur Durchführung und Kontrolle fehlt. So sind immer noch nicht die wichtigsten Bestimmungen über die Führung von Lohnbüchern und den Ausgang von Lohnberechnungen in Räumen, in denen Arbeit an Hausarbeiter ausgegeben oder angenommen wird, aus Mangel an einer Bundesratsverordnung in Kraft, trotzdem die Führung von Lohnbüchern heute bereits freiwillig vielfach geschieht, hier also keine besonderen Schwierigkeiten vorliegen. Auch die Möglichkeit der Aufstellung von Lohnverzeichnissen in vielen Industrien durch die bereits bestehenden Tarifverträge dargetan.

Sollten vier Jahre nicht genügen, um die nötigen Erhebungen und Feststellungen zu machen, noch dazu in einer Sache, die so wenig eingreifend ist, ja eigentlich mehr eine Formalität bedeutet? Und doch ist sie gerade jetzt von großer praktischer Bedeutung. In anerkannter Weise bemühen sich die Militärbehörden, die Löhne zu regeln — es fehlt aber an Sicherheit der Durchführung und Kontrolle, solange die Löhne nicht durch Ausgang öffentlich bekannt gegeben werden und die Arbeiterin an Hand der schriftlichen Unterlage des Lohnbuchs ihre Forderungen geltend machen kann.

In bezug auf den gesundheitlichen Schutz des Hausarbeiters und des Konjumenten, zum Beispiel in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, fehlt es noch an einer Ausfüllung der allgemein gehaltenen Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes durch Spezialverordnungen. Eine solche ist nur für die Tabakhausindustrie erlassen. Fernerwichtige Verträge, im Interesse des Verbrauchers die übliche Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu kontrollieren, sind nicht gemacht, ebensowenig wie in anderen sicher gesundheitsschädlichen Gewerben, z. B. der Fleischaufbereitung, der Federindustrie, der Glasbläse.

So bestehen trotz der wohlklingenden Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes keine allgemein

Ein ergößlicher Streit. Zwischen der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ und dem „Bund“, dem Organ des Kartellverbandes deutscher Werkvereine, d. h. dem Berliner Organ der Gelben, ist es zu einem Konflikt gekommen. Die Unternehmerrzeitung hatte kürzlich so eigenartige Äußerungen über die Entlohnung der Frauennarbeit geäußert, daß selbst der friedfertige „Bund“ sich zu einer Kritik veranlaßt sah. Dafür muß das Blatt der Gelben nun folgende Komplimente einstecken, die es sicherlich bitter schmerzen werden:

„Der Werkvereinskritiker erweist sich als ein guter Denker und Schüler Babels, dessen Ausführungen über die Frau und den Sozialismus“ ihm offenbar ein Richtschnur gebiet haben, ja, in gewisser Beziehung übertrumpft er sogar die rein sozialdemokratische Stellungnahme. Im ganzen bedeutet aber diese nach Form und Inhalt gleich unerschrockene Blossierung unseres Artikels eine hohe Zurechtweisung der Leser. Es sind einige Stellen zusammenhängend herausgegriffen, und andere Stellen, die für die ganze Beurteilung entscheidend sind, verschwiegen worden.“

Am Ende wird dem „Bund“ noch vorgeworfen, daß er mit seinem Angriff der sozialdemokratischen Presse eine willkommene Gelegenheit „zu allerhand hochmütigen Randbemerkungen“ gegeben habe. Diese Abfertigung ist dem „Bund“ ganz recht. Wie kann er es auch wagen, gegen die Ansicht der Arbeitgeber-Ztg. etwas vorzubringen. Als Sprachrohr der Gelben muß er alles, was von Unternehmerrseite kommt, als gepredene Latsche hinnehmen. Einen Widerspruch gibt es nicht. Dafür ist er eben ein „a l e s“ Organ.

Das teure Schuhzeug. Zu allen sonstigen Mäßen der minderbemittelten Bevölkerung tritt nunmehr noch Eintritt der rauhen Jahreszeit eine neue Sorgenquelle hinzu. Wenn nicht auch noch der Art ständiger Gast im Hause sein soll, müssen die Kinder ganze Schuhe haben. Aber die außerordentlich hohen Lederpreise haben das Schuhwerk so verteuert und besonders auch die Reparaturkosten so sehr erhöht, daß die rechtzeitige Beschaffung und Herrichtung der Schuhe besonders für kinderreiche Familien fast unerschwingliche Opfer erfordern. Die Höhe der jetzigen Ausgaben für die Fußbekleidung steht in gar keinem Verhältnis zu den für die Lebenshaltung zur Verfügung stehenden Mitteln. Das bringt geradezu zu höchst gefährlichen Einschränkungen. Es ist das um so bedauerlicher und muß bitterer wirken, weil die natürliche durch den Krieg bedingte Erhöhung der Lederpreise im Verhältnis zu den tatsächlichen Verkaufspreisen nur gering ist. Der Preis betrug für Sohlleder vor dem Kriege 1,80 bis 2,00 Mk., heute dagegen 5—6 Mk. das Pfund, verteilt sogar 7,50 Mk., soweit freiverkäufliches Leder in Betracht kommt. Der Rohhautpreis ist um 20 bis 25 Prozent verteuert, die Herstellungskosten in der Gerberei einschließlich der Gerbstoffe um etwa 100 Prozent. Daraus ergibt sich eine Verteuerung der Produktionskosten um etwa 1,50 Mk. für das Pfund fertiges Leder. Die tatsächliche Verteuerung beträgt aber 3—4 Mk. pro Pfund fertiges Leder. Die Lederfabrikanten müssen hiervon 70 Pfa. — früher 1 Mk. — als Wertschöpfungssteuer an die Reichsmilitärkasse zahlen. Die Erhebung dieses Betrages ist indes nur eine mittelbare Besteuerung der Verbraucher. Unter solchen Umständen wird eine kräftige Herabsetzung der im Mai 1915 festgesetzten Richtpreise für fertiges Leder unbedingt erforderlich. Der Kriegsausschuß für Konsuminteressen hat deshalb in einer Eingabe an den Staatssekretär des Innern unter Hinweis auf die hohen Gewinne der Lederfabriken eine starke Herabsetzung der jetzigen hohen Richtpreise im Interesse der ärmeren und mittleren Bevölkerung gefordert. Er verlangt ferner auch die Aufhebung der genannten Wertschöpfungssteuer, da durch sie nur eine erhebliche Verteuerung des Schuhwerkes herbeiführt wird. Weitere Vorschläge beziehen sich auf die Ausdehnung der Richtpreise auf den gesamten Lederhandel und die Abgabe auch von kleineren Mengen Leders seitens der Kriegsleder-Aktiengesellschaft. Es muß im Interesse der Verbraucher mit allen Mitteln auf die Verbilligung des Leders hingearbeitet werden.

Für die Aufrechterhaltung des Fortbildungsaufschusses während der Kriegszeit spricht sich sehr energisch folgende gutachtliche Meinerung des sächsischen Kriegsministeriums aus: „In der letzten Zeit häufen sich hier die Anträge der mit Herbeiführungen beauftragten Firmen um Befreiung ihrer jugendlichen Arbeiter vom Fortbildungsaufschuß unter. Das Kriegsministerium gestattet sich deshalb mit Rücksicht auf die große Zahl der Arbeitlosen dem königlichen Ministerium zur geeigneten Erwägung anzuzeigen, ob vielfach im Einzelnen mit den Anstellern, Kammer — es sich empfehlen möchte, bei den in

Betracht kommenden Firmen darauf hinzuwirken, daß sie durch entsprechende Reorganisation von Arbeitern die gegenwärtige Notlage lindern helfen und dadurch auch die Befreiung der fortbildungspflichtigen Arbeiter vom Unterricht überflüssig machen. Das Kriegsministerium ist sich wohl bewußt, daß durch diese Magnahmen den Herbeiführern verhältnismäßig höhere Kosten erwachsen, und daß ein älterer Lehrling in der Regel mehr Nutzen bringen wird als ein neuer Arbeiter, der in dem betreffenden Erwerbszweig vielleicht unerfahren ist und daher erst in gelernt werden muß. Es hofft aber, daß die Industrie gern diese Opfer im väterländischen Interesse und zum Wohle des Ganzen bringen wird, und sieht einer gefälligen Neuerung sehr ergeben entgegen.“

Mit Recht also wird hier gefordert, daß Liefer mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, als daß die Fortbildung des gewerblichen Nachwuchs vernachlässigt wird. Diese energische Stellungnahme des sächsischen Kriegsministeriums kann nur freudig begrüßt werden.

Dem Jahresbericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für 1914 entnehmen wir nach dem Zentralblatt der Reichsversicherung folgende Zahlen: Im Laufe des Jahres sind 228 628 Aufnahmefarten neu eingegangen, so daß der Gesamtumfang bis Ende des Jahres 1 913 725 Karten betrug. Der in den ersten Monaten des Jahres ständig wachsende Eingang erfuhr durch den Krieg eine erhebliche Geräminderung. Die Zahl der Versicherten ist aber erheblich niedriger als die zuletzt genannte Ziffer, da darin auch doppelt ausgestellte Karten sich befinden und ferner zahlreiche Karten solcher Personen, die zu Unrecht zunächst als versicherungspflichtig galten oder die nachträglich von der Versicherungspflicht befreit worden sind, endlich auch die Aufnahmefarten aller im Laufe der Jahre 1913 und 1914 aus der Versicherung, sei es durch Tod, Berufsunfähigkeit oder aus anderen Gründen schon wieder ausgeschiedenen Personen. Die wirkliche Zahl aller Versicherten dürfte rund 1 1/2 Millionen betragen.

Um den Versicherten die Möglichkeit einer Kontrolle der für sie gebuchten Beiträge zu gewähren, werden ihnen in bestimmten Zeiträumen Kontenauszüge übersandt. Mit der Verwendung dieser Kontokarten wurde am Anfang des Jahres begonnen, doch mußte die Verwendung während der ersten Kriegsmomente wieder ruhen und konnte erst Mitte November 1914 wieder aufgenommen werden. Die Zahl der Beiträge entrichtenden Arbeitgeber belief sich in den sieben Friedensmonaten des Vorjahres auf rund 200 000, in den fünf Kriegsmomente auf 163 811. Die eingegangenen Beiträge betrugen 131 010 296 Mk. Davon entfallen auf den Januar 11 798 803 Mk. und auf den Dezember 9 765 451 Mk.

Einkassieren waren am Ende des Jahres 33 zugelassen mit insgesamt 65 000 Mitgliedern. Hubgeld und Hinterbliebenenrenten sind im Laufe des Jahres nur sehr wenige gewährt worden, ebenso Leibrenten für aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidende weibliche Versicherte.

Nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte wurden im Laufe des Berichtsjahres auf 1936 Anträge insgesamt 191 692,61 Mk. an die Hinterbliebenen Witwen und Waisen von Versicherten zurückerstattet. Zurzeit stellt aber die Gewährung von Heilverfahren die Hauptleistung der Anstalt dar. Durch den Krieg war leider auch hier in den ersten Wochen seines Beginns infolge der Inanspruchnahme vieler Heilstätten und Sanatorien durch die Bedürfnisse des Krieges und wegen Mangels an Ärzten und Beamten eine Senkung eingetreten, die aber zum Schlusse des Jahres wieder vollständig behoben war. Es waren insgesamt im Berichtsjahre 20 187 Anträge eingegangen. Von diesen wurden im Laufe des Jahres 14 956 erledigt. 11 021 = 73,7 Prozent wurden genehmigt, 3435 = 23 Prozent wurden abgelehnt, 500 = 3,3 Prozent wurden auf andere Weise erledigt.

Die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften im Krieg. In den Nr. 9 und 10 des „Reichs-Arbeitsblatt“ wird ein Artikel über die Konsumvereine während des Krieges veröffentlicht. Der Artikel behandelt in sehr sachverständiger Weise die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die wirtschaftliche Mobilisierung des deutschen Volkes und gibt zum Schluß eine Anzahl Entschlüsse von Konsumgenossenschaftsverbänden wieder, in denen zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Konsumgenossenschaften alle Maßnahmen unterstützen würden, die das wirtschaftliche Durchhalten zu fördern geeignet sind. Im Anschluß hieran bemerkt der Berichtertatter des amtlichen Organes:

Wie der vorstehende Ueberblick zeigt, haben die deutschen Konsumvereine es nicht bei derartigen Berichtigungen bewenden lassen, sondern sie haben sich nach Kräften bemüht, die Worte in Taten umzusetzen. Sie haben dadurch wesentlich zur Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens während des Krieges beigetragen.“

Das ist ein Urteil, das die Konsumgenossenschaftsbewegung mit Befriedigung registrieren kann.

Die Regelung des Arbeitsnachweises, die gerade in den letzten Monaten bei uns eine so bedeutende Rolle gespielt hat, ist auch im neutralen Holland Gegenstand der Erwägungen. Auch dort ist man im Begriff, die Regelung dieses Gebietes einheitlich für das ganze Land durch die Städte vornehmen zu lassen. Diese Bestrebungen haben durch eine im September im Haag abgehaltene Konferenz eine erhebliche Förderung erfahren. Es waren vertreten die Direktoren der 30 zu Distriktsarbeitsbörsen bestimmten Arbeitsbörsen, und außerdem fanden in den Hauptorten der einzelnen Distrikte Versammlungen der Bürgermeister der in dem Bezirke vorhandenen Gemeinden statt. Ungefähr 500 Gemeinden haben bereits Beamte ernannt, die als lokale Organe des interkommunalen Arbeitsnachweises mit den Distriktsarbeitsbörsen in steter Verbindung stehen sollen. Auch hat eine Anzahl von Gemeinden den Arbeitsbörsen finanzielle Unterstützungen für den neuen Apparat bewilligt. Als Mittelpunkt ist die Zentralarbeitsbörse im Haag vorgelesen, an deren Spitze ein Direktor steht.

Es wird erwartet, daß auch diejenigen Gemeinden, die bisher noch keine besonderen Beamten für den genannten Zweck bestimmt haben, dies bald tun werden, da die möglicherweise nahe bevorstehende Heimsendung einiger jüngerer Jahrgänge der einberufenen Mannschaften dem Arbeitsnachweis große Aufgaben stellen wird.

Generungszuschüsse zum Krankengeld einzuführen haben sich mit Rücksicht auf die große Lebensmittelteuerung einzelne Krankenkassen in Oesterreich entschlossen. Man ist dabei, je nach den Verhältnissen der einzelnen Kasse, in verschiedener Weise vorgegangen. So ist z. B. wie aus dem „Arbeiterklub“ zu ersehen ist, bei der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse in Wien das Krankengeld allgemein um 10 vom Hundert erhöht worden, und zwar schon vom 1. Juli d. J. ab zunächst bis zum 30. September, und da die Teuerung andauert, noch weiter bis Ende Dezember d. J. Bei der Bezirkskrankenkasse in Innsbruck war man in der Lage, diesem guten Zwecke einen durch freiwillige Spenden angesammelten außerordentlichen Unterstützungsfonds nutzbar zu machen. Man beschloß, den versicherungspflichtigen Mitgliedern, die lebensmüde nur auf den gesetzlichen Mindestbetrag des Krankengeldes von 60 Prozent des versicherten Tagesverdienstes vorläufig bis Ende März 1916 aus dem bezeichneten Fonds einen Zuschuß von 15 Prozent und in besonders bedürftigen Fällen (bei großem Familienstand, lang andauernder Krankheit usw.) auch den Witalliedern, die Anspruch auf ein Krankengeld von 70 oder 75 Prozent haben, bis ebendahin einen Zuschuß von 10 Prozent zu gewähren.

Bewiß ein nachahmenswertes Beispiel! Insbesondere wäre zu wünschen, daß auch unsern Kassen derartige Beiträge zur Gewährung außerordentlicher Unterstützungen freiwillig zugeführt würden. Daß die Kassen die Verwaltung solcher Stiftungen übernehmen dürfen, erideint nicht zweifelhaft.

Die Lebensversicherungsgesellschaften in Frankreich sind durch den Krieg im Gegensatz zu denen in Deutschland in eine so schwierige Lage verlegt worden, daß der Staat bei Ausbruch des Krieges den Versicherungsgesellschaften und den Sparkassen die Verpflichtung auferlegte, nur ganz minimale Beträge zur Auszahlung zu bringen. Später wurden einige Erleichterungen zugestanden, so daß bis Ende Juni 1915 die Quote, welche die Anstalten leisten durften, bis auf 50 Proz., im Höchstfall auf 25 000 Frank erhöht wurde, während die Sparkassen nur bis zu 20 Proz. des eingezahlten Kapitals auszahlen durften. Diese Anordnung ist jetzt um weitere 60 Tage unter denselben Bedingungen verlängert worden, so daß also auch jetzt noch eine wesentliche Einschränkung in den Pflichtabzahlungen dieser Institute besteht. In Deutschland war ein Eingreifen des Staates in dieser Richtung nicht nötig, weil alle Gesellschaften ohne Schwierigkeit in der Lage waren, ihren Verpflichtungen ungeführt nachzukommen.

